

Niederschrift

zur 24. Sitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, dem 25.05.2022, um 17:30 Uhr im Atrium des Landratsamtes, Haus B, Breitscheidstraße 7 in 15848 Beeskow

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr Sitzungsende: 20:35 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der Sitzungen vom 16. März und 6. April 2022 - öffentlicher Teil
4. Beratung: Regionale Landwirtschaft erhalten und fördern
Antrag: 9/FDP-BJA-BVFO/22/1
5. Beratung: Verarbeitung und Vermarktung regionaler Lebensmittel ausbauen
Antrag: 10/FDP/BJA/BVFO/22/1
6. Beratung: Nahrungsgütererzeugung vor Energieerzeugung einordnen!
Antrag: 11/FDP/BJA/BVFO/22/1
7. Beratung: Verkehrsbedingungen für landwirtschaftliche Fahrzeuge verbessern!
Antrag: 12/FDP/BJA/BVFO/22/1
8. Beratung: Beschlussfassung über die Unterstützung der Landwirtschaft und ausführender Betriebe im Landkreis Oder-Spree – Klimaanpassungsstrategie LOS
Antrag: 17/FDP/BJA/BVFO/2022
9. Beratung: Beschlussfassung über die Unterstützung der Landwirtschaft und ausführender Betriebe im Landkreis Oder-Spree – Fachkräfte werben, qualifizieren und binden - Fachkräfte Initiative LOS
Antrag: 18/FDP/BJA/BVFO/2022
10. Beratung: Landkreis Oder-Spree wird sicherer Hafen
Antrag: 8/B90/GRÜNE/2022
11. Beratung: Reform des Kita-Rechts in Brandenburg
Antrag: 14/DIE LINKE/2022
12. Beratung: Pflegenotstand durch Gesetzesänderung vermeiden
Antrag: 16/AfD/2022

13. Beratung: Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII - Änderung
Beschlussvorlage: 034/2022
14. Beratung: Bestätigung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Oder-Spree
Beschlussvorlage: 016/2022
15. Beratung: Bestätigung des Integrierten Mobilitätskonzeptes "LOSmobil2030" für den Landkreis Oder-Spree
Beschlussvorlage: 026/2022
16. Beratung: Entwicklung von großflächigen Gewerbegebieten im Landkreis Oder-Spree
Beschlussvorlage: 031/2022
17. Beratung: Bestellung Amtsleiterin Schulverwaltungsamt
Beschlussvorlage: 028/2022
18. Beratung: Unterstützung der Tafeln und Sozialläden im Landkreis Oder-Spree
Beschlussvorlage: 029/2022
19. Beratung: Unterstützung der Tafeln im Landkreis Oder-Spree bei der Bewältigung des Mehraufwands durch die Aufnahme von Menschen aus der Ukraine
Antrag: 15/DIE LINKE/2022
20. Beratung: Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises Oder-Spree im Zeitraum 2023 bis 2026 ff
Beschlussvorlage: 032/2022
21. Beratung: Aufhebung des Hygienekonzeptes des Kreistages Oder-Spree vom 10. Februar 2021
Beschlussvorlage: 033/2022
22. Sonstiges

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzungen vom 16. März und 6. April 2022 - nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, Herr Lindemann, begrüßt alle Anwesenden, heißt sie herzlich willkommen und eröffnet die 24. Sitzung des Kreisausschusses.

Er hinterfragt den Bedarf der Maskentragepflicht für diese Sitzung, ohne im Vorgriff auf die Regelung der Suspendierung der Maskenpflicht. Es werden keine Einwände festgestellt, so dass bis zur Beschlussfassung der Aufhebung des Hygienekonzeptes die Sitzung ohne Pflicht zum Tragen einer Maske fortgesetzt wird.

Die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Papendieck beantragt eine Änderung der Tagesordnung und möchte den Punkt 12, Antrag 15/DIE LINKE/2022, hinter den Punkt 19 setzen, Beschlussvorlage 029/2022, da beide inhaltlich ähnlich seien.

Es gibt keine Einwände.

Herr Lindemann führt an, dass ihm eine Vorlage – Projektentwickler - vorliege, die aber nach Übereinkommen mit der Verwaltungsleitung als Ergänzung zur Beschlussvorlage Prioritätenliste gesehen werde.

Probleme gibt es seitens der Abgeordneten hierzu nicht.

Herr Buhrke ergreift das Wort und möchte auf Anregung der Gemeinde einen Punkt hinsichtlich der Neustrukturierung der Woltersdorfer Straßenbahn GmbH mit der Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH zur Diskussion stellen. Er habe hierfür eine Beschlussvorlage vorbereitet, über die entschieden werden müsse, ob sie in einer Eilentscheidung des Landrates auf die heutige Tagesordnung aufgenommen werden könne, um im Kreistag am 08.06.2022 das Ganze regulär zu behandeln. Aus seiner Sicht wäre das der bessere und empfehlenswertere Weg.

Herr Lindemann befürwortet die Aufnahme in die Tagesordnung und ergänzt, dass solche Fusionen immer einen konkreten Zeitpunkt im Auge haben und Bilanzen hierzu ausgefertigt werden. Alle Beteiligte kämen in Schwierigkeiten, wenn die Vorlage erst im Oktober 2022 beschlossen werden würde. Er halte das für einen vermeidbaren Aufwand.

Über die Aufnahme unter dem Tagesordnungspunkt 22 gibt es keine Einwände.

Der Vorsitzende schlägt eine weitere Aufnahme eines Punktes – Informationen – am Ende der Tagesordnung vor. Er möchte in Erfahrung bringen, wie mit dem Beschluss über die freundschaftlichen Beziehungen zum Bezirksexekutivkomitee Hrodna weiter umgegangen werden solle.

Die Zustimmung der Anwesenden über die Aufnahme dieses Punktes wird gegeben.

Herr Lindemann bittet nun um Abstimmung über die Tagesordnung.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzungen vom 16. März und 6. April 2022 - öffentlicher Teil

Es liegen keine Einwände und Anmerkungen der Niederschriften der Sitzungen vom 16. März und 06. April 2022 vor, um Zustimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 2

**Zu TOP 4 Beratung: Regionale Landwirtschaft erhalten und fördern
Vorlage: 9/FDP-BJA-BVFO/22/1**

Der Vorsitzende gibt den Hinweis an das zuständige Dezernat, die Begründung etwas präziser zu formulieren, damit die Verwaltung klar erkenne, in welcher Weise die Umsetzung durch die Verwaltung erfolgen solle, da Zuständigkeitsgrenzen teilweise überschritten bzw. berührt werden.

Herr Dr. Pech ergreift das Wort und erinnert, dass seine Fraktion im Jahr 2020 einen Antrag zur Förderung des Hanfanbaus im Landkreis Oder-Spree eingebracht habe. Dieser sei aber mit der Maßgabe auf die Behandlung im Sonder-Kreistag zurückgestellt worden. Er bittet um die Aufnahme und Behandlung des Antrages.

Herr Lindemann bittet den Vertreter für Frau Teltewskaja, Herrn Buhrke, dies für die Aufnahme an das zuständige Dezernat weiterzuleiten.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Um Abstimmung über den Antrag wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 1

**Zu TOP 5 Beratung: Verarbeitung und Vermarktung regionaler Lebensmittel ausbauen
Vorlage: 10/FDP/BJA/BVFO/22/1**

Wortmeldungen zum Antrag gibt es nicht. Um Abstimmung über den Antrag wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 1 Enthaltung 1

**Zu TOP 6 Beratung: Nahrungsgütererzeugung vor Energieerzeugung einordnen!
Vorlage: 11/FDP/BJA/BVFO/22/1**

Auch hier gibt es keine Wortmeldungen. Um Abstimmung über den Antrag wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 2

Zu TOP 7 Beratung: Verkehrsbedingungen für landwirtschaftliche Fahrzeuge verbessern!
Vorlage: 12/FDP/BJA/BVFO/22/1

Herr Dr. Zeschmann ergreift das Wort und erwünscht die Einschätzung der Verwaltung, ob die verkehrsrechtlichen Dinge auf Kreisebene überhaupt geändert werden können.

Der Vorsitzende erklärt, dass es formalrechtlich betrachtet schwierig sei, es hierzu aber schon seit Jahren Bemühungen gebe. Es handele sich um ein Anliegen der ländlichen Region. Insofern solle man von Seiten des Kreistages ein klares, richtungsweisendes Zeichen setzen. Er gibt der Verwaltung den Auftrag, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und so ein politisches Zeichen zu setzen.

Herr Losensky nimmt auf die Frage von Herrn Dr. Zeschmann Bezug und führt an, dass es ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Frankfurt/ Oder gebe, das die Fahrt bzw. das Führen von landwirtschaftlichen Maschinen und Traktoren durch Beeskow untersagt. Daher sei man bemüht, eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Herr Lindemann ergänzt, dass es sich hier nur um ein Teilstück, die sogenannte Umgehung handele, die diesen Status der Kraftfahrstraße nicht habe, ansonsten schließen sich normale Bundesstraßen an. Für die Klärung der Frage des Sicherheitsaspekts laufen entsprechende Audits. Hierzu habe sich Herr Gehm bereits mit dem Infrastrukturminister, Herrn Beermann, in Verbindung gesetzt, in Erwartung einer harmonischen Lösung aller Betroffenen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Um Abstimmung über den Antrag wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 1 Enthaltung 2

Zu TOP 8 Beratung: Beschlussfassung über die Unterstützung der Landwirtschaft und ausführender Betriebe im Landkreis Oder-Spree – Klimaanpassungsstrategie LOS
Vorlage: 17/FDP/BJA/BVFO/2022

Wortmeldungen gibt es nicht. Herr Lindemann bittet um Abstimmung.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 7

Zu TOP 9 Beratung: Beschlussfassung über die Unterstützung der Landwirtschaft und ausführender Betriebe im Landkreis Oder-Spree – Fachkräfte werben, qualifizieren und binden - Fachkräfte Initiative LOS
Vorlage: 18/FDP/BJA/BVFO/2022

Herr Papendieck meldet sich zu Wort und gibt an, dass seine Fraktion den Antrag inhaltlich teile, dennoch aber einen Änderungsantrag zum Kreistag stellen wolle, da es schon verschiedenste Möglichkeiten gebe, Fachkräfte anzuwerben und zu orientieren.

Weitere Hinweise gibt es nicht. Herr Lindemann bittet um Abstimmung.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 5

**Zu TOP 10 Beratung: Landkreis Oder-Spree wird sicherer Hafen
Vorlage: 8/B90/GRÜNE/2022**

Eine Wortmeldung oder Stellungnahme der antragstellenden Fraktion wird nicht festgestellt.

Herr Lindemann übernimmt daraufhin das Wort und beginnt seine Ausführungen damit, dass er den Antrag aus rechtlicher Sicht in Teilen als problematisch sehe.

Punkt 1: Sicherer Hafen

Er betont, dass der Antrag die Realität nicht richtig wiedergäbe, der Landkreis bereits ein sicherer Hafen sei und verdeutlicht dies, dass man im Jahr 2015/ 2016 3.000 Migranten aufgenommen habe und jetzt im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg weitere 1.800. Das sei ein deutlicher Ausdruck von Solidarität.

Punkt 2: Aktive Unterstützung der Seenotrettung

Hierzu merkt der Vorsitzende an, dass eine Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff nicht Bestandteil der Aufgabenzuweisung für den Landkreis sei und er es insofern ablehnen müsse.

Punkt 3: Aufnahme zusätzlich zur Quote

Herr Lindemann verweist auf seine unter Punkt 1 genannten Worte und ergänzt, dass dafür Sorge getragen werden müsse, dass der soziale Frieden im Landkreis erhalten bleibe und nicht zusätzlich Konflikte geschürt werden. Der Königsteiner Schlüssel sei für den Kreis verpflichtend. Um eine möglichst Gleichbehandlung zu gewährleisten, gebe es ein Verteilsystem auf Bundes- und Landesebene, aus der man sich nicht ohne Weiteres verabschieden könne. Zu berücksichtigen sei auch, dass jeder Flüchtling in der Unterbringung Geld koste, was dann nämlich aus dem Kreishaushalt finanziert werden müsse. Demzufolge könne er nicht dazu raten, das zu unterstützen.

Punkt 4: Unterstützung für Aufnahmeprogramme

Der Vorsitzende macht klar, dass die Schaffung zusätzlicher Aufnahmeplätze bei einer deutlichen Ausweitung bestehender Programme zur Aufnahme von Geflüchteten nicht umsetzbar sei. Das habe er bereits im letzten Geschäftsbericht deutlich gemacht, dass, was auch die Wohnungsakquise anbelangt, der Landkreis ziemlich am Limit sei. Die Ertüchtigung der Wohnungen werde immer kostspieliger. Deshalb könne er auch dazu nicht raten, noch weitere Aufnahmeplätze zu schaffen.

Punkt 5: Solidarische Kommune

Herr Lindemann gibt auch zu diesem Punkt, dass der Landkreis der Ausländerbehörde anweisen solle, Geflüchteten in der Kommune dauerhafte legale Aufenthalts- und Lebensperspektiven zu schaffen, zu verstehen, dass das vom Landkreis schon geleistet werde. Dies könne aber nicht in extenso weitergeführt werden, da man sich zunächst um die Menschen zu kümmern habe, die ohnehin schon bei uns sind. Er betont, dass mehrfach in den Geschäftsberichten dargelegt worden sei, dass, was die personelle Belastung anbelangt, man an die Grenzen der Möglichkeiten angekommen sei.

Punkt 6: Kommunales Ankommen gewährleisten

Der Vorsitzende wiederholt, dass eine menschenwürdige Unterbringung und die gesellschaftliche und politische Teilhabe bereits in hohem Maße im Landkreis gewährleistet werde. Er verweist auf das sehr ambitionierte Integrationskonzept, was auch für die jüngst angekommenen Migranten gelte.

Er gibt abschließend zu verstehen, dass er seine angeführten Bedenken nur zur Kenntnis geben und auf die rechtlichen Probleme hinweisen wolle.

Herr Dr. Pech hat zu den Ausführungen von Herrn Lindemann zwei Anmerkungen. Das Problem der Gleichbehandlung sei aktuell nicht gegeben. Das sei aber kein Problem des Landkreises, wenn Menschen aus unterschiedlichen Ländern kommend, unterschiedlich behandelt werden.

Somit sehe er in dem Antrag eine politische Erklärung mit der Einforderung von Gleichbehandlung.

Als zweiten Punkt sehe er keine Möglichkeit, dass man konkrete Aussagen hinsichtlich finanzieller Konsequenzen machen könne, weil keine Konkretisierung vorliege.

Als dritte Aussage lässt er wissen, dass es im Landkreis bereits Kommunen gebe, die diesen Beschluss – Sicherer Hafen – für sich schon gefasst haben.

Deshalb werde aus Sicht seiner Fraktion dieser Antrag unterstützt.

Herr Schroeder ergreift das Wort und möchte Herrn Dr. Pech dahingehend ergänzen, dass es im Landkreis Oder-Spree keine Kommune gibt, die diese Forderung komplett unterstützt, sondern nur teilweise.

Daraufhin bringt der Vorsitzende noch einmal zum Ausdruck, dass er insofern mitgehen könne, wenn sich das Ganze auf einen reinen Appell beziehe, aber nicht bei dieser Ausgestaltung, dass der Landrat beauftragt werde, die entsprechende Umsetzung vorzunehmen.

Weitere Wortmeldungen zum Antrag gibt es nicht. Um Abstimmung wird gebeten.

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 4 Nein 7 Enthaltung 1

Zu TOP 11 Beratung: Reform des Kita-Rechts in Brandenburg Vorlage: 14/DIE LINKE/2022

Herr Papendieck merkt hierzu an, dass seine Fraktion den Antrag komplett unterstütze, dennoch möchten sie zum Kreistag Ergänzungspunkte hinzufügen:

Einforderung der Beitragsfreiheit, tarifliche Themen, Qualitätsthemen und die Finanzierung der Kommunen, die bei der Reform nicht in Mitleidenschaft kommen sollen.

Frau Heinrich, als Mitglied der antragstellenden Fraktion, begründet die Beantragung damit, dass die Mitarbeit des Landkreistages bisher verweigert wurde. Die von Herrn Papendieck aufgezählten Punkte seien bereits Bestandteil der Arbeiten, die inzwischen seit zwei Jahren laufen. In der Hauptsache gehe es darum, die Verweigerungshaltung des Landkreistages zu durchbrechen und dem Landrat den Auftrag zu geben, diese Auffassung des Landkreistages nicht mitzutragen. Die Vorarbeiten seien schon sehr weit fortgeschritten, so dass es jetzt darum gehe, die Arbeit der Landkreise aktiv einwirken zu lassen, es zu einem Gesetz komme, welches ab 01. August 2024 wirksam werde.

Herr Lindemann nimmt Bezug auf die vorangegangenen Ausführungen und stellt klar, dass es keinen Landrat im Land gebe, der sich einer Kita-Rechtsreform verweigere. Man habe das Möglichste getan, um den Betrieb aufrecht zu erhalten und die Kinderbetreuung abzusichern. Mit der Kita-Rechtsreform waren ehrgeizige Ziele verknüpft, wie höhere Rechtssicherheit, Beitragsgerechtigkeit, möglichst einheitliche Elternbeiträge, Entbürokratisierung des Abrechnungssystems und Aufhebung der Restbetragsfinanzierung. Bei der Erörterung inhaltlicher Fragen sei herausgekommen, dass man höhere Qualitätsstandards verabredet habe.

Das Ministerium habe aber von vornherein gesagt, diese Kita-Rechtsreform solle kostenneutral sein, bis zum Schluss aber nicht darstellen können, wie das funktionieren soll.

Der Landkreistag habe bis zum letzten Gespräch darauf verwiesen, dass man doch ziemlich an Grenzen komme, auch was die Finanzierung anbelange, Dinge völlig unklar seien und das nach zwei Jahren Beratung.

Deshalb habe die Verwaltung darum gebeten, diese Reform anzuhalten, weil es neben Corona, der Flüchtlingsunterbringung und ASP nicht zu stemmen sei, jetzt auch noch die Hauptbelastung bei der organisatorischen, finanziellen und personellen Umsetzung zu tragen.

Herr Schroeder schlägt vor, dass ein Änderungsantrag gemeinsam besprochen werden solle, weil bereits der Jugendhilfeausschuss mit der Zielrichtung des Antrages nicht konformgehe. Die Forderung könne lauten, dass man Bedingungen schaffe, die eine seriöse Bearbeitung möglich mache.

Herr Papendieck nimmt das Angebot hinsichtlich des Änderungsantrages von Herrn Schroeder an.

Um Abstimmung über den Antrag wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 3 Enthaltung 3

Zu TOP 12 Beratung: Pflegenotstand durch Gesetzesänderung vermeiden
Vorlage: 16/AfD/2022

Herr Aulich ergreift das Wort im Namen seiner Fraktion und begründet kurz, dass die Befürchtung bestehe, dass durch die einrichtungsbezogene Impfpflicht Personalmangel entstehe und das Gesundheitssystem dadurch überlastet werde. Aufforderung solle sein, sich dafür stark zu machen, dass diese auch abgesetzt werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Gesetz gelte und vom Landrat und seiner Verwaltung verantwortungsvoll umgesetzt werde. Es sei Bedingung für das Aussprechen von Betretungsverboten, dass es nicht zu Pflegenotständen komme. Berichtet wurde hierüber im letzten und vorletzten Geschäftsbericht. Von daher bedürfe es so einer Vorlage nicht. Auch der Bundesgesetzgeber habe festgeschrieben, Betretungsverbote nur dann, wenn die Pflege nicht gefährdet sei.

Herr Fachtan merkt an, dass der Anlass für die Einreichung dieses Antrages die Äußerung der brandenburgischen Krankenhausgesellschaft sei. Man sehe durch diese gesetzliche Regelung den Betrieb der Krankenhäuser in Brandenburg gefährdet.

Herr Lindemann könne bei dem vorliegenden Antrag nicht feststellen, dass es diesbezüglich Schwierigkeiten gebe. Das Gesetz trete am 31. Dezember 2022 außer Kraft und die rechtlichen Schlussfolgerungen, die daraus zu ziehen sind, habe dann der Arbeitgeber zu treffen.

Um eine zweiminütige Pause wird gebeten.

Herr Aulich möchte über den Antrag abstimmen lassen und zur Abstimmung auch im Kreistag einbringen.

Herr Lindemann bittet um Abstimmung.

Mehrheitlich abgelehnt
Nein 7 Enthaltung 1

Zu TOP 13 Beratung: Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII - Änderung
Vorlage: 034/2022

Erläuterungen werden nicht gewünscht. Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

Zu TOP 14 Beratung: Bestätigung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 016/2022

Herr Dr. Zeschmann stellt im Namen seiner Fraktion den Antrag, die Vorlage zurückzuverweisen, um die Maßnahmen zu konkretisieren.

Herr Schroeder widerspricht der Maßgabe zur Konkretisierung, da es sich hier um ein Konzept und nicht um ein Maßnahmenkatalog für jeden Bau handele.

Herr Buhrke, in Vertretung für Frau Teltewskaja, ergreift das Wort und möchte die Belange dieser Vorlage kurz hervorheben.
Er bestätigt die Worte von Herrn Schroeder, dass es sich hier um ein Rahmenkonzept handele, wo letztendlich Ziele definiert werden, auf die man auch teilweise Einfluss nehmen könne, wenn es um eigene Liegenschaften gehe, hinsichtlich Nachhaltigkeit und Klimaneutralität.
Er bemerkt, dass die anderen Punkte gegebenenfalls Kostenfolgen haben werden, die aber noch nicht bekannt seien und in den künftigen Haushalten veranschlagt werden, wenn es dann konkrete Maßnahmen mit konkreten Kosten gebe. Er betont, dass Konzepte keine Haushaltsplanung ersetzen.
Herr Buhrke bringt ein weiteres technisches Argument ein und weist darauf hin, dass dieses Konzept gefördert werde und man sich somit in einem Förder- und Abrechnungszeitraum bewege. Ohne Beschluss komme man folglich bei der Abrechnung der Fördermittel in Schwierigkeiten.

Herr Dr. Zeschmann widerspricht die vorgebrachte Ansicht eines Konzeptes und vertritt den Standpunkt, dass ein Konzept die Wege zur Zielerreichung beschreiben müsse. Seiner Meinung nach handele es sich um ein Konzept der Kreisverwaltung. Für die Erreichbarkeit der klimapolitischen Ziele müsse man auch die privaten Bürger mitnehmen, die Wirtschaft in unserem Landkreis erreichen und einbinden.

Herr Lindemann klärt auf, dass es nicht Aufgabe eines Gutachters sei, der ein Konzept erstelle, die Bevölkerung mitzunehmen. Es sei ein politischer Auftrag, der uns alle betreffe.

Nach weiteren Wortstreitigkeiten gibt Herr Schroeder abschließend zu bedenken, dass einem die Möglichkeit genommen werde, weitere Fördermittel zu bekommen und zu beantragen, wenn das ganze Klimaschutzkonzept eingestampft werde.

Folgend gibt es keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Vorlage, um Abstimmung wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1 Enthaltung 3

**Zu TOP 15 Beratung: Bestätigung des Integrierten Mobilitätskonzeptes
"LOSmobil2030" für den Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 026/2022**

Herr Dr. Zeschmann meldet sich zu Wort und bittet um eine konkrete Aussage der Kreisverwaltung hinsichtlich der Überarbeitung des Nahverkehrsplanes, da sich aus dem vorliegenden Mobilitätskonzept erhebliche Veränderungen für den ÖPNV, dessen Organisation und Gestaltung ergeben.

Herr Buhrke übernimmt auch hier wieder die Beantwortung und hält fest, dass u. a. beschlossen worden sei, den Nahverkehrsplan in Teilbereichen zu evaluieren. Die Zuständigkeit für den ÖPNV und Nahverkehrsplan liegen in einer Hand und man solle die fachliche Einschätzung des jetzt zuständigen Dezernates überlassen.

Herr Dr. Pech erinnert daran, dass zur Debatte stehe, das Konzept in den Kreistag zu geben und weitere Ausführungen hierzu nicht weiter getroffen werden sollen.

Herr Lindemann bittet um Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 16 Beratung: Entwicklung von großflächigen Gewerbegebieten im
Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 031/2022**

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn Buhrke, der zu der Vorlage Stellung nimmt. Er bemerkt, dass dieses Vorhaben in dieser Größenordnung erstmalig durchgeführt werde und vor allem der gemeindliche Raum einbezogen werden müsse. Das sei auch schon geschehen, weitere Abstimmungen mit fünf größeren Gemeinden seien geplant.

Herr Buhrke informiert, dass der Landkreis eine Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion habe und man die Entwicklung im gesamten kreislichen Raum ins Auge fassen müsse. Da diese Vorsorge Geld koste und nicht alle Gemeinden die gesamten Leistungen schultern können, bauen, vor allem die Gemeinden des Amtes Schlaubetal, des Amtes Brieskow-Finkenheerd und auch die Stadt Eisenhüttenstadt, auf Hilfe des Kreises.

Herr Buhrke unterstreicht, dass er ein Votum benötige, ob man sich dieser Aufgabe, die Entwicklung zu fördern, widmen oder sie grundsätzlich ausschließen solle.

Herr Heisel vertritt die Meinung, dass die Beschlussvorlage der Vorwegnahme eines Ergebnisses einer Diskussion darstelle. Er könne sich vorstellen, dass andere Interessen durch weitere großflächige Industriegebiete konterkariert werden und bittet um eine differenzierte Diskussion, die Erfahrungen, auch der Nachteile, die große Industrieansiedlungen haben, mit einbeziehen.

Herr Buhrke entgegnet, dass es hier um die Frage gehe, die Kreisverwaltung mit der Prüfung zu beauftragen und wenn das gehe, der Landkreis am Aufbau des GIV mitwirken könne.

Die anderen Fragen wären im Rahmen einer Planung zu prüfen, wenn man einen Standort habe. Die Durchführung selbst wäre nur möglich, wenn der Landkreis tatsächlich Verantwortung übernehme, ansonsten wäre eine Finanzierung eines solchen Vorhabens von vornherein ausgeschlossen.

Herr Dr. Zeschmann bezieht sich auf die Worte von Herrn Buhrke und ist der Meinung, dass die Prüfung nachrangiger Fragen, wenn man einen Standort habe, ein falsches Herangehen sei. Er halte es für wichtig, nach neuen Gewerbestandorten zu schauen, aber nur, wenn andere Belange, wie Wasser-, Energie- und Gasversorgung, die verkehrliche Erschließung etc. im Vorfeld grob abgeschätzt werden

Herr Buhrke hakt noch einmal ein, um nicht den Eindruck im Raum stehen zu lassen, der Landkreis kümmere sich nicht um alle Belange. Er unterstreicht, dass im Moment nur ein Votum abgefragt werde, ob das so gemacht werden könne. Die anderen Aspekte/ Anregungen von Herrn Heisel und Herrn Dr. Zeschmann nehme er mit und beantworte sie, wenn es konkreter werde, Kosten aufgerufen werden und ähnliches.

Herr Papendieck hält es für wichtig, Flächen im östlichen Teil unseres Landkreises zu entwickeln, um eine ausgewogene Kaufkraft und die Arbeitsplätze-Situation für die Zukunft abzusichern.

Der Vorsitzende gibt die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 17 Beratung: Bestellung Amtsleiterin Schulverwaltungsamt
Vorlage: 028/2022**

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Frau Zarling, da das Schulverwaltungsamt in ihrem Verantwortungsbereich liegt.

Frau Zarling unterrichtet, dass aufgrund der Kündigung des bisherigen Amtsinhabers, Herrn Pilz, die Stelle neu zu besetzen war. Es habe ein internes Ausschreibungsverfahren gegeben, auf das sich die Bewerberin, Frau Meyer-Grunewald, beworben habe. Sie erfülle die entsprechenden Qualifikationsanforderungen im Rahmen der Stellenausschreibung. Über das Auswahlgespräch hinaus konnte Frau Zarling sich bereits in den letzten Jahren von der fachlichen und persönlichen Eignung von Frau Meyer-Grunewald überzeugen. Sie halte sie für die geeignete Bewerberin und bittet um Zustimmung, Frau Meyer-Grunewald als Amtsleiterin für das Schulverwaltungsamt einzusetzen. Des Weiteren erwähnt sie, dass gerade in Richtung Schulneubauten/ Schulentwicklungskonzept in den nächsten Jahren viele Aufgaben bevorstehen und da sei eine gute Besetzung dieser Stelle unabdingbar.

Herr Dr. Zeschmann möchte wissen, wann für eine Amtsleitung eine öffentliche, externe Ausschreibung erfolge, welche rechtlichen Erfordernisse man berücksichtigen müsse bzw. warum das in diesem Fall nicht erfolgt sei.

Frau Zarling führt dazu aus, dass man aufgrund des Anforderungsprofils sich für eine interne Ausschreibung entschieden habe, weil ausreichend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Oder-Spree über die entsprechenden Qualifikationen verfügen. Anders sei das beim Amtsleiter Landwirtschaft zu sehen, wo man eine andere fachliche Voraussetzung haben müsse.

Herr Lindemann ergänzt, dass die rechtlichen Anforderungen eingehalten wurden und eine externe Ausschreibungsverpflichtung sich insbesondere im Beamtenbereich ergebe. Er erinnerte Herrn Dr. Zeschmann an die letzten Haushaltsberatungen, in der von ihm die Ausweitung des Stellenplans moniert worden sei. Im Übrigen vertrete der Landrat die Auffassung, dass wir hier bei dem sich verengenden Bewerberfeld gut daran täten, eine systematische Personalentwicklung zu betreiben und Führungskräfte aus dem Hause zu gewinnen. Das sei auch eine Forderung des Personalrats.

Herr Schroeder beantragt abzustimmen, da sich die weiteren Wortmeldungen vom Thema entfernen.

Der Vorsitzende bittet Frau Meyer-Grunewald und Herrn Meyer den Raum zu verlassen, um eine unbefangene Abstimmung zu ermöglichen.

Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 3

**Zu TOP 18 Beratung: Unterstützung der Tafeln und Sozialläden im Landkreis
Oder-Spree
Vorlage: 029/2022**

Herr Lindemann übergibt das Wort an Frau Zarling.
Sie berichtet, dass seitens der Verwaltung auf alle Tafeln und dem Sozialladen noch einmal zugegangen wurde, um Unterlagen anzufordern über Kraftstoff- und Energieverbrauch. Diese seien für das Jahr 2022 hochgerechnet worden hinsichtlich der Kosten, die auftreten würden. Davon habe man einen einmaligen Zuschuss von 50 Prozent in der Kalkulation berücksichtigt, um die Arbeit der Tafeln anzuerkennen und zu unterstützen.

Herr Papendieck weist darauf hin, dass man schauen müsse, wie die Fahrzeugsituation in den Tafeln aussehe.

Herr Schroeder dankt der Verwaltung für die Ausarbeitung, weil jetzt alle Träger berücksichtigt wurden.

Herr Dr. Zeschmann plädiert bei der Unterstützung aus Sicht des aktuellen Umfeldes für ein gewisses Polster, das man gleich mitbeschließen solle.

Herr Dr. Pech beginnt seine Wortmeldung mit der Anerkennung, dass die Kreisverwaltung die Notwendigkeit der Unterstützung der Tafeln erkannt habe und das in diesem Sinne auch Schritte eingeleitet wurden.

Seine Bitte, eine Berechnung bzw. Kalkulation zu bekommen, habe den Hintergrund gehabt, dass die Kreisverwaltung problemlos Unterlagen anfordern könne. Seine Fraktion hingegen sei auf die Antwort angewiesen, die einem erteilt werde. Somit verfüge er nicht über die Unterlagen, um eine detaillierte Kalkulation zu fertigen.

Dr. Pech hält weiter fest, dass der Antrag seiner Fraktion nicht ausschließlich der GefAS galt. Zu den Differenzen der Bezuschussung sei festzuhalten, dass die jetzt vorliegende Kalkulation auf die tatsächlich gefahrenen Kilometer aufsetze. Dies sei aber nur ein Teil der Wahrheit. Wenn man sich die Entwicklung anschauere, dann sei der Aufwand bei den Tafeln zum Einsammeln dessen was jetzt gebraucht werde, in der Zwischenzeit größer geworden, weil mehr und weiter gefahren werden müsse. Das wäre aus seiner Sicht die Erklärung des Differenzbetrages.

Zur Unterstützung mit weiteren Mitteln sei festzustellen, dass nicht alle Mittel, die z. B. vom Kreis an die GefAS fließen, auch für die Tafeln fließen. Das würde beispielsweise die Schuldnerberatung betreffen, die mit der Tafel nichts zu tun habe.

Weiterhin führt Dr. Pech aus, dass die aus der Verwaltung kommende Vorlage ohne Beschluss des Kreistages umgesetzt werden könne. Seine Fraktion würde die in der Verwaltungsvorlage stehende Aufschlüsselung der Fördersummen für die einzelnen Tafeln anstelle der Pauschalbeträge, die in dem Antrag der LINKEN aufgeführt sind, übernehmen und so in den Kreistag einbringen.

Herr Lindemann stellt klar, dass die Verwaltung natürlich eines Beschlusses des Kreistages bedarf, da es sich hierbei um Steuergelder im Bereich der freiwilligen Leistungen handele. Gleichwohl unterliege man der Kontrolle durch das Rechnungsprüfungsamt und durch den Kreistag, insofern müsse man plausible Erklärungen abgeben, wie man zu bestimmten Förderbeträgen komme.

Auf Dr. Zeschmann's Worte eingehend, dass man ein gewisses Polster einkalkulieren könne, erklärt der Vorsitzende, dass im Sozialleistungsrecht ein strenger Gesetzesvorbehalt gelte und man nicht quasi die allgemeine Preisentwicklung vorwegnehmen könne.

Herr Schroeder befürwortet die Abstimmung der Vorlage aus der Verwaltung, weil gerade bei freiwilligen Aufgaben doch jeder Kreistagsabgeordnete wissen solle, wo etwas erhöht werde. Er habe jedoch mit der Änderung des Antrages der Fraktion DIE LINKE ein Verständnisproblem und hinterfragt, ob nur die Summen, aber nicht der Beschlusstext in den Fraktionsantrag übernommen werden, verbunden mit einer zusätzlichen Prüfung in Eisenhüttenstadt oder werde der komplette Text, den die Verwaltung auch vorgeschlagen habe mit den Summen übernommen. Seiner Ansicht nach wäre das ein drastischer und rechtlicher Unterschied.

Herr Aulich schlägt vor, im Kreistag den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit einem Änderungsantrag dahingehend zu erweitern, dass die Verwaltung beauftragt werde, im September oder Dezember noch einmal zu prüfen und gegebenenfalls den Mehrbedarf, wenn er nicht gereicht habe, noch einmal neu zu kalkulieren. Diese Erweiterung wäre sinnvoll, weil keiner die Preisentwicklung bis zum Ende des Jahres vorhersehen könne.

Herr Papendieck findet es richtig und erwartet, dass man in der Haushaltsberatung über die Haushaltssummen von den Tafeln redet, dazu brauche man keinen Beschluss.

Herr Dr. Pech stellt noch einmal fest, dass er die Zahlen der Kalkulation erst am heutigen Tage erhalten habe. Schlussfolgernd könne er erst etwas neu verfassen, wenn er die Fakten kenne und insofern werde es einen Textvorschlag geben, indem auch die aufgeführten Fragen Berücksichtigung finden. Ihm liege viel daran, dass hierüber eine schnelle Entscheidung getroffen werde.

Der Vorsitzende bittet zunächst über die Beschlussvorlage der Verwaltung abzustimmen.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 3 Enthaltung 3

Zu TOP 19 Beratung: Unterstützung der Tafeln im Landkreis Oder-Spree bei der Bewältigung des Mehraufwands durch die Aufnahme von Menschen aus der Ukraine
Vorlage: 15/DIE LINKE/2022

Der Vorsitzende bittet jetzt über den Antrag 15/DIE LINKE/2022 abzustimmen, der im Nachgang inhaltlich präzisiert werde.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 4

Zu TOP 20 Beratung: Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises Oder-Spree im Zeitraum 2023 bis 2026 ff
Vorlage: 032/2022

Der Vorsitzende informiert, dass es zu dieser Vorlage einen Ergänzungsantrag gebe, der die Einstellung eines Projektentwicklers vorsehe.
Er übergibt das Wort an Herrn Losensky, der im Namen der antragstellenden Fraktionen hierzu Stellung nimmt.

Herr Losensky teilt mit, dass der Antrag das Ergebnis der gemeinsamen Beratung der Ausschüsse Bildung, Kultur und Sport sowie Haushalt, Finanzen/ Beteiligungen sei, in dessen Fazit festgestellt wurde, warum es in der Vergangenheit zu Terminverzögerungen bei der Realisierung der in der Prioritätenliste festgeschriebenen Baumaßnahmen kam. Im Nachgang sei darüber beraten worden, wie mit den festgestellten Problemen und Vorschlägen umgegangen werden sollte. Man habe sich entschlossen, einen Projektentwickler einzustellen, der als Verbindung zwischen den einzelnen Bereichen der Kreisverwaltung und den Kommunen fungieren solle, um die immer zu Tage tretenden terminlichen Schwierigkeiten weitestgehend zu reduzieren. Mit dieser Beschlussvorlage wolle man auch ein Zeichen gegenüber den Kommunen und der Bevölkerung setzen, dass gemeinschaftlich an Lösungen anstehender Probleme gearbeitet werde.

Herr Gehm begründet die Vorteile einer solchen Planstelle unter anderem damit, dass die bevorstehenden Vorhaben im Umfang sehr viel komplexer geworden seien. Bisher waren die Projekte, die im Hochbau durchgeführten wurden, sämtlich im Bestand bzw. im unbeplanten Innenbereich.

Hinzukomme, dass bei den Kommunen ein großes Interesse bestehe, die Schulbauten zu realisieren, sie aus unterschiedlichen Gründen aber Unterstützung benötigen.

Er sei von einem Projektentwickler überzeugt, um den Prozess der Bauleitplanung, zu beschleunigen, ohne in die Planungshoheit der Gemeinden selbst einzugreifen, was man natürlich weder könne noch wolle. Vordergründig gehe es aber um die Beschleunigung eigener Projekte.

Bei dem bevorstehenden Investitionsvolumen sei es auch keine sinnvolle Mittelverwendung, wenn man die wenigen Bauingenieure und Architekten, die man tatsächlich auf dem Markt findet, dafür einzusetzen, Schnittstellenarbeit und Projektentwicklung auszuüben.

Um Abstimmung über die Vorlage mit der entsprechenden Ergänzung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 3

**Zu TOP 21 Beratung: Aufhebung des Hygienekonzeptes des Kreistages Oder-Spree vom 10. Februar 2021
Vorlage: 033/2022**

Der Vorsitzende ist der Ansicht, dass aufgrund der Entspanntheit der Lage der Beschluss zur Aufhebung des Hygienekonzeptes des Kreistages Oder-Spree vom 10. Februar 2022 folgerichtig sei.

Herr Dr. Pech erbittet Antwort auf die in den Medien geführten Diskussionen hinsichtlich auf die Vorbereitung der im Herbst zu erwartenden neuen Infektionswelle. Konkret fragt er, ob das Hygienekonzept nur für ein oder zwei Sitzungen aufgehoben werde oder wie die Herangehensweise hierfür aussehe.

Herr Lindemann hält es auch für wahrscheinlich, dass diese Welle im Herbst komme und man wie in den ersten sechs Wellen auf Sicht fahre. Man werde hier den pragmatischen Weg gehen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 22 Sonstiges

**22.1. Eilantrag: Verkauf der Gesellschafteranteile an der Woltersdorfer Straßenbahn GmbH zu einem Betrag in Höhe des nominalen Stammkapitals
Vorlage: 036/2022**

Herr Buhrke begründet kurz die Eilbedürftigkeit der Vorlage damit, dass er von der Gemeinde Woltersdorf angerufen worden sei, um den Stand der Lage zu erfahren. Näheres sei aus der Vorlage ersichtlich.

Herr Lindemann bittet um Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

Nein: 0 Enthaltung: 0

22.2. Rückmeldung – Weiterer Umgang mit dem Beschluss zur Begründung neuer freundschaftlicher Beziehungen zu Hrodna

Herr Dr. Stiller dankt für die Worterteilung und führt noch einmal aus, welches Ziel mit dem Änderungsantrag verfolgt werden sollte. Der Landrat sollte beauftragt werden, falls dieser Dreiervertrag gekündigt werde, auf die Zivilgesellschaft zuzugehen

Herr Luhn äußert Bedenken, sich in einer derartigen Situation mit Unterstützern für diesen Krieg befreunden zu sollen, zumal man bisher auch keine weiteren großen Beziehungen mit Weißrussland hatte. Man sei nur durch die polnischen Freunde, die diesen Vertrag gekündigt hätten, in dieses Vertragsverhältnis gekommen. Man solle einen neuen Vertrag mit den polnischen Freunden schließen.

Herr Dr. Pech merkt an, dass Herr Luhn eine Tatsache festgestellt habe, die er hinterfragen möchte:

1. Gibt es eine Kündigung seitens des Landkreises Sulecin?
2. Wenn ja, habe der Landrat durch den Beschluss des Kreistages an der Stelle eine eindeutige Handlungsgrundlage, nämlich dann für einen neuen Vertrag einzutreten mit den Polen und
3. lediglich die Botschaft, wenn es die Bedingungen hergeben, an den anderen Partner die Frage zu stellen, ob es ein Interesse an der Fortsetzung dieser Beziehung gibt.

Herr Lindemann entgegnet, dass er die Frage, ob es die Kündigung bereits gegeben habe, nicht beantworten könne. Frau Teltewskaja wollte sich als zuständige Beigeordnete darum kümmern. Durch Krankheit sei das momentan in Verzug geraten.

In der 23. Kalenderwoche sei eine Fahrt nach Polen geplant, wo man das ansprechen und in Erfahrung bringen werde.

Weiterhin schildert er die Problematik, dass der Landrat von Sulecin ihm eindeutig gesagt habe, dass sein Kreistag die Kündigung vornehmen werde und der Rechtsstatus bei dieser trilateralen Vereinbarung dann so aussehe, dass diese Vereinbarung insgesamt vernichtet sei.

Daran anknüpfend sei der Wunsch entstanden, die Beziehungen jetzt neu aufzunehmen.

Da man sich dieser Partnerschaft bisher nicht bewusst gewesen sei, habe man aus Archivunterlagen in Erfahrung gebracht, dass es sich hier um keine Selbstverwaltungskörperschaft, sondern um ein Bezirksexekutivkomitee auf Bezirksebene handele.

Er habe auch nichts dagegen, weiterhin Kontakte zu den Menschen zu pflegen, sehe mit dem Kreistagsbeschluss aber eine Grenze dahin überschritten, solche Kontakte, die in einem diktatorischen System eingebunden sind, zu unterhalten.

Deshalb habe er darüber unterrichtet, keinen solchen Antrag nach Belarus zu richten, da er das für rechtlich problematisch halte. In Rücksprache mit dem Rechtsamt habe man diese Einschätzung an das Innenministerium weitergeleitet. Von dort wurden die Bedenken geteilt, allerdings wollte man sich in der rechtlichen Einschätzung nicht festlegen.

So stehe er jetzt vor der Situation, das unter Umständen förmlich beanstanden zu müssen, was nicht in seinem Sinne sei.

Herr Lindemann gibt zu verstehen, wenn man sich allgemein darüber verständigen könnte, dass man sagt, wir stellen diese Frage zu Hrodna, intensivere Beziehungen aufzunehmen, zurück, bis die Friedensordnung in Osteuropa wieder hergestellt ist, könne er damit leben.

Herr Luhn befürworte den Vorschlag des Vorsitzenden.

Herr Lindemann gibt noch einmal zu verstehen, wenn die Anwesenden dieser Interpretation des Beschlusses so zustimmen, er die Angelegenheit als bereinigt ansehe.

Herr Papendieck spricht sich auch für ein Ruhenlassen bis auf Weiteres aus, was aus seiner Sicht der richtige Weg sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen folgen, nimmt Herr Lindemann das so zur Kenntnis und wird das den polnischen Partnern so vermitteln.

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

zur Kenntnis genommen

Rolf Lindemann
Vorsitzender des
Kreisausschusses

Birgit Richter
Protokollantin